



Liebe Leser,
im Blauen Rundbrief der Woche informieren wir Sie fortlaufend über die aktuellen Presse- und sonstigen Mitteilungen der Alternative für Deutschland, Sachsen und aus Ihrem Kreisverband.

Inhaltsverzeichnis

Aktuelles aus dem Kreisverband Bautzen	3
PRESSEMITTEILUNGEN AfD-Fraktion im Kreistag Bautzen	3
Landkreis Bautzen wird von Asylsuchenden überflutet!	3
PRESSEMITTEILUNGEN AfD-Landtagsabgeordnete im Landkreis Bautzen	4
AfD-Anfrage: 12,5 Prozent aller geborenen Kinder haben ausländische Mütter	4
Eröffnung zweier schwul-lesbischer Kitas in Berlin	5
JUNGE ALTERNATIVE OBERLAUSITZ.....	5
Kegeltturnier in Königswartha.....	5
Internetseiten und Videokanäle im AfD-Kreisverband Bautzen	6
Termine im Kreisverband Bautzen	7
Nachrichten aus Berlin – Karsten Hilse, MdB.....	7
Heimspiel in Kamenz!.....	7
Neues von der AfD Sachsen und der Fraktion im Sächsischen Landtag 8	
Vorsicht, Post aus Sachsen! Die Sonntagskolumne von Jörg Urban vom 2.10.2022	8
Die Sonntagskolumne im Audio-Format	9
PRESSEMITTEILUNGEN vom Wochenende 1./2.10.2022.....	10
Regierung muss sich dem Protest stellen.....	10
PRESSEMITTEILUNGEN vom 4.10.2022	10
Wir trauern um alle Opfer islamistischer Gewalt	10
PRESSEMITTEILUNGEN vom 5.10.2022	11
Fall Lina E.: Kein Steuergeld für linksextreme Treffpunkte!	11
Haushaltsgeld für alle Sachsen und Notfallhilfe für energieintensive Unternehmen!.....	11
PRESSEMITTEILUNGEN vom 6.10.2022	12
AfD erfolgreich: Landtag beruft Sondersitzung ein!.....	12
Inflation sorgt für Notlage: Landesregierung muss sofort handeln!	13



Grenzkontrollen und „Rückführungsinitiative“: CDU soll in Sachsen anfangen und nicht nach Berlin zeigen	14
Neues von der Alternative für Deutschland	15
PRESSEMITTEILUNGEN des Bundesvorstandes der Alternative für Deutschland	15
Weitere Veröffentlichungen der AfD in den sozialen Medien	15
„Unser Land zuerst!“ – AfD rechnet mit tausenden Teilnehmern bei Kundgebung am 8. Oktober in Berlin	15
Unser Land zuerst: Mit Grenzkontrollen ein zweites „2015“ verhindern!	16
Statt "Mondpreise" aus den USA: Günstiges Gas aus Nord Stream 2!	17
Neues von der AfD-Fraktion im Deutschen Bundestag	17
PRESSEMITTEILUNGEN der AfD-Fraktion im Deutschen Bundestag	17
Weitere Veröffentlichungen der AfD-Fraktion in den sozialen Medien	18
Scholz und Ministerpräsidenten verschwenden Zeit, die die Bürger nicht haben!	18
Nachrichten aus Deutschland und der Welt.....	18
Verfahren verbummelt! Gericht lässt verurteilten Mörder laufen	18
Video-Empfehlungen	19
Informationskanäle der AfD.....	19
Fakten in Bildern	20
Achtung Satire!	21
Kommunalmandate im KV Bautzen	22
PRESSE-ARCHIV.....	22
SPENDENKONTO.....	22
KONTAKT:.....	22



Aktuelles aus dem Kreisverband Bautzen

**Große AfD-Kundgebung:
Preisexplosion
stoppen!**

**8. OKTOBER 2022 • 13:30 UHR
PLATZ DER REPUBLIK • BERLIN**



UNSER LAND ZUERST!

AfD

www.unser-land-zuerst.de

**8. OKTOBER 2022 • 13:30 UHR
PLATZ DER REPUBLIK • BERLIN**



Wir stehen nicht nur in Berlin an Ihrer Seite!

Selbstverständlich werden unsere Bundessprecher **Alice Weidel** und **Timo Chrupalla** mit Ihnen gemeinsam am 8. Oktober um 13:30 Uhr vor Ort in Berlin sein und auf der Bahn-deutsche Worte gegen den fatalen Kurs unserer Regierung finden. **Außerdem mit dabei:** Die polenvertretenden Bundessprecher **Peter Boehringer** und **Stephan Brandner** sowie weitere Mitglieder des Bundesvorstandes.

**„Leisten wir uns den Luxus,
eine eigene Meinung zu haben.“**

Otto von Bismarck

Nichts ist unsent – schon gar nicht die Freiheit. Ihre Spende hilft aktiv dabei, der Freiheit in unserem Land eine Stimme zu geben, die gehört wird. Mit unseren Kampagnen, Auftritten und Demos tragen wir diese Stimme in alle Teile Deutschlands. Unser Aufwand, zu den Bürgern durchzudringen, ist durch den Boykott der Medien umso größer. Ihr Beitrag ist dafür entscheidend. Spenden Sie uns egal, ob Sie zur Demo kommen möchten oder nicht. So können Sie Deutschland und uns auch still unterstützen. **Gemeinsam für den Mut zur Wahrheit!**

UNSER LAND ZUERST!

AfD

Spendenkonto:
Berliner Volksbank e. G.
IBAN: DE94 1009 0000 2661 2620 20
BIC: BEVODE33

www.afd.de

PRESSEMITTEILUNGEN AfD-Fraktion im Kreistag Bautzen

Landkreis Bautzen wird von Asylsuchenden überflutet!

„Wie man heute auf der öffentlichen Seite des Landkreises Bautzen über die gestern stattgefundenene „Außerordentliche Sitzung des Sozial- und Generationenausschusses des Kreistages Bautzen“ nachlesen kann, wird in den nächsten Monaten der Landkreis Bautzen mit Asylsuchenden überflutet“, so Kreisrat Steffen Lehmann (AfD).

"In Zahlen ausgedrückt werden wöchentlich durch den Freistaat Sachsen ca. 600-800 Personen auf die Landkreise verteilt. Der Anteil des Landkreis Bautzen beträgt 7,35 %, d.h. 45-60 Personen wöchentlich. Der Landkreis Bautzen rechnet von Oktober bis Dezember 2022 mit ca. 650 zusätzlichen Flüchtlingen, Tendenz weiterhin steigend.", sagt Kreisrat Lehmann.

Für den Landkreis Bautzen bedeuten dies zusätzliche Millionen Euro an Ausgaben, ohne zu wissen, wann der Freistaat die Kosten bezahlt.



„Der Landkreis benötigt laut Aussage dringend neue Objekte um den Bedarf an weiteren Unterbringungskapazitäten zu decken.“, so Lehmann. „Der Landkreis sollte neben der Planung neuer Objekte für das Jahr 2023 und der Akquise von Notunterkünften, auch eine dezentrale Unterbringung in Containerlagern in Gewerbegebieten prüfen.“, meint Lehmann.

„Auch eine Verdichtung in vorhandenen Objekten ist in Planung. Das muss dringend verhindert werden, nicht das zum Beispiel wie im Spreehotel Bautzen statt den geplanten 200 Plätzen, wieder über 350 Asylsuchende wie 2015 untergebracht werden. Auch auf der Dresdener Straße in Bautzen, soll die Aufnahmekapazität erweitert werden!

Der CDU-Landrat muss jetzt von seinen CDU-Kollegen in Dresden deutlich mehr Abschiebungen im Landkreis einfordern.“

Steffen Lehmann
AfD-Kreisrat in Bautzen
5.10.2022

PRESSEMITTEILUNGEN AfD-Landtagsabgeordnete im Landkreis Bautzen

AfD-Anfrage: 12,5 Prozent aller geborenen Kinder haben ausländische Mütter

In Sachsen haben bereits 12,5 Prozent aller geborenen [Kinder](#) eine ausländische Mutter. Laut AfD-Anfrage ([7/10822](#)) ist Leipzig mit 18,5 Prozent Spitzenreiter und der Landkreis Erzgebirge mit 5,6 Prozent Schlusslicht. Mit 2,02 Kindern pro Frau haben Ausländer auch eine deutlich höhere Geburtenrate als Deutsche mit 1,49 pro Frau. Hauptsächlich kommen die Ausländer aus Syrien.



Geburtenrate deutsche Frauen: **1,49**
Ausländer in Sachsen: **2,02**



[Doreen Schwietzer](#), familienpolitische Sprecherin der AfD-Fraktion, erklärt dazu:

„Die Zahlen belegen, dass langfristig die Bevölkerungsstruktur in Sachsen kippt. Diese Entwicklung können wir bereits in einem stärkeren Ausmaß in vielen westdeutschen Großstädten beobachten: Deutsche Kinder sind in einigen Kitas und Schulen bereits in der Minderheit.

Wir sehen diese Entwicklung sehr kritisch. Deshalb will die AfD Familien entlasten, damit sich auch wieder mehr deutsche Frauen für zwei oder drei Kinder entscheiden. Kinder dürfen nicht länger zum Armutsrisiko für ihre Eltern werden. Deshalb haben wir bereits im Landtag beantragt, ein 5.000 Euro Baby-Begrüßungsgeld, geringere Kita-Beiträge und ein kostenloses Schulessen einzuführen. Leider lehnte die Regierung bisher alle Anträge ab.“

<https://afd-fraktion-sachsen.de/afd-anfrage-125-prozent-aller-geborenen-kinder-haben-auslaendische-muetter/>



Eröffnung zweier schwul-lesbischer Kitas in Berlin

Im nächsten Frühjahr sollen zwei schwul-lesbische Kitas auf Initiative der Schwulenberatung in Berlin eröffnen. In den Kitas, wo bis zu 90 Kinder Platz finden, soll durch Erzieher und Materialien vorgelebt werden, wie es ist, lesbisch, schwul, bisexuell, trans o.Ä. zu sein.

Besonders brisant kommt noch hinzu, dass im Vorstand des Trägervereins der Kitas, neben zwei Grünen-Politikern, auch noch der „Pädophilie-Forscher“ Rüdiger Lautmann (SPD) sitzt. Lautmann verfasste unter anderem das Buch „Die Lust am Kind“, wo er Pädophilie verharmlost und sich für die Legalisierung von Pädosexualität einsetzt.



Dieses Projekt ist aus verschiedenen moralischen, ethischen und Kinderschutzgründen abzulehnen, weil es Kindern eine bestimmte Sexualität aufzwingt und sich diese nicht frei entwickeln können. Ich frage mich wie weit die Ideologisierungskampagne noch gehen soll und fordere die Entscheidungsträger dazu auf, das Projekt zu verhindern.

Falls es in Sachsen zu ähnlichen Plänen kommen sollte, setze ich mich persönlich dafür ein, dies zu verhindern.

Schluss mit der Ideologisierung unserer Kinder!

<https://www.facebook.com/SchwietzerMdl/photos/a.357927604957316/1286571078759626/>

JUNGE ALTERNATIVE OBERLAUSITZ

Kegelturnier in Königswartha

Du bist zwischen 14 und 35 Jahre alt? Dann komm gerne zu unserem Kegeltunier, am 28.10.2022 in Königswartha, vorbei.

Melde dich hierfür per Mail: info@ja-sachsen.de oder Privatnachricht bei Facebook bei uns an.





<https://www.facebook.com/JungeAlternativeOberlausitz/photos/a.753111108070783/5331391156909399/>

Internetseiten und Videokanäle im AfD-Kreisverband Bautzen

Kreisverband Bautzen

www.afdbautzen.de/

www.facebook.com/AfD-Kreisverband-Bautzen-110578221607093

t.me/afdkreisverbandbautzen

www.afd-kreistagsfraktion-bautzen.de/

Karsten Hilse, MdB

www.karstenhilse.de

t.me/karstenhilsepolitiker

www.facebook.com/Karsten.Hilse.Politiker/

www.facebook.com/AfD.WKB.Bautzen

www.facebook.com/Wahlkreisb%C3%BCro-BautzenHoyerswerda-910992965679861

www.youtube.com/channel/UCFgfHEc7yJb75IBR_CvtopA/videos

Frank Peschel, MdL

www.frankpeschel.de

t.me/frankpeschel

www.facebook.com/frankpeschel.de

Timo Schreyer, MdL

www.facebook.com/Timo.Schreyer.AfD

Doreen Schwietzer, MdL

www.facebook.com/SchwietzerMdL

instagram.com/doreenschwietzer_afd

www.doreen-schwietzer.de

t.me/schwietzer

twitter.com/SchwitzerMdL

Regionalgruppe Bautzen

www.facebook.com/AfDstadt Bautzen/

www.facebook.com/AfD-Malschwitz-1795225520507800/

AfD Oberlausitz/Oberland

www.facebook.com/AfDOberlausitz

www.youtube.com/channel/UCX2jm-d4CT_YNkyAT6vsfFw

t.me/oliverhelbing

www.afd-cunewalde.de/

Regionalgruppe Bischofswerda

www.facebook.com/afd.bischofswerda



Regionalgruppe Kamenz

www.facebook.com/AfD-Regionalgruppe-Kamenz-217220858708004

www.afd-stadtrat-pulsnitz.de

Regionalgruppe Königsbrück

www.facebook.com/AfDKoenigsbrueck

Regionalgruppe Radeberg/Arnsdorf

www.facebook.com/groups/465255757689215/

Termine im Kreisverband Bautzen

Sa	08.10.22	14.00-17.00 Uhr	Berlin Platz der Republik	GROßE AfD-DEMO
Mi	19.10.22	19.00 Uhr	Residence Hotel Wilthener Str. 32 02625 Bautzen	BÜRGERVERANSTALTUNG mit Jörg Urban, Landesvorsitzender der AfD Sachsen
Sa	22.10.22	9.00-11.00 Uhr	Lausitzer Platz Hoyerswerda	INFOSTAND der AfD-Regionalgruppe Hoyerswerda

Alle Termine finden Sie unter: <http://www.afdbautzen.de/veranstaltungshinweise/>

Nachrichten aus Berlin – Karsten Hilse, MdB

Heimspiel in Kamenz!

Laut Stadtratsbeschluss fand heute eine Bürgerversammlung im Theater Kamenz zum Thema Energiekrise statt. 90 % der Gäste konnten und wollten mit linksgrünen, realitätsfernen Gewäsch nichts anfangen. Vor allem die durchgegenderten Ausflüsse der in Höxter geborenen Studentin und jetzigem MdB für die Grünen konnten die Zuschauer nicht allzu viel abgewinnen. Hochachtung an den Oberbürgermeister, der souverän durch den Abend führte.

Karsten Hilse, MdB
4.10.2022





Neues von der AfD Sachsen und der Fraktion im Sächsischen Landtag

Vorsicht, Post aus Sachsen!

Die Sonntagskolumne von Jörg Urban vom 2.10.2022

Liebe Freunde, liebe Leser,

wir leben – ohne jede Übertreibung – in dramatischen Zeiten.

In den letzten 30 Jahren haben wir uns im Osten Deutschlands mühsam einen bescheidenen Wohlstand aufgebaut. Das war nicht einfach. Viele Menschen hier mussten zunächst durch ein langes Tal der unverschuldeten Arbeitslosigkeit gehen. Mit Flexibilität und mit viel Fleiß haben sie es allerdings geschafft, auf eigenen Beinen zu stehen und ihren Familien etwas bieten zu können.

Durch ein, in der Geschichte der Bundesrepublik beispielloses, Regierungsversagen droht nun aber aus diesem bescheidenen, hart erarbeiteten Wohlstand „Armut für alle“ zu werden.

Im September hat die Teuerung mit zehn Prozent erstmals einen zweistelligen Wert erreicht. Für Nahrungsmittel kletterten die Preise in Sachsen sogar um schwindelerregende 19,3 Prozent auf nie gekannte Höchststände.

Was heißt das? Das heißt, dass auch viele gutverdienende Familien inzwischen ihr gesamtes Einkommen einsetzen müssen, um die Kinder satt zu bekommen, die Warmmiete zu bezahlen und wenigstens zwei-, dreimal das eigene Auto vollzutanken.

Der soziale Abstieg für breite Schichten unserer Gesellschaft hat gerade erst begonnen. Die deutsche Wirtschaft soll im nächsten Jahr um 7,9 Prozent schrumpfen, während die Inflation an der Kasse noch härter zuschlagen dürfte.

Es ist also „5 vor 12“. Die Einführung der Gaspreisbremse durch die Aufnahme von 200 Milliarden Euro an neuen Schulden war tatsächlich unumgänglich, um einen schnellen Kollaps zu verhindern.

Dennoch hat die Regierung nicht einmal ansatzweise das Ausmaß ihres Versagens verstanden. Diese neuen Schulden werden die Teuerung in den nächsten Monaten weiter anheizen. Die Regierung hat sich ein wenig Zeit erkaufte. Mehr nicht!





Um den Schiffbruch unseres „Staatsschiffes“ abzuwenden, müssten die verantwortlichen Regierungspolitiker all ihre Illusionen der letzten Jahre über Bord werfen und eine grundlegende Kehrtwende einleiten.

Zur sofortigen Entlastung der Bürger wäre es sinnvoll, die Mehrwertsteuer auf alle Grundnahrungsmittel vorläufig auszusetzen, wie von der AfD schon länger gefordert. Eine Warme Wohnung und genug zu essen! Dieses Minimum an Lebensstandard muss für alle gewährleistet werden. „Frieren und hungern“ sind absolut inakzeptabel. Es ist ein Armutszeugnis, dass wir im wirtschaftlich stärksten Land Europas darüber überhaupt ernsthaft sprechen müssen.

Darüber hinaus müssen die Russland-Sanktionen fallen. „Für immer“ ohne russische Energie und Rohstoffe auskommen zu wollen, wie es Annalena Baerbock ankündigt, endet zwangsläufig in einem Desaster. Russland ist flächenmäßig das mit Abstand größte Land der Welt, mit riesigen Rohstoffexporten, die maßgeblich die Weltmarktpreise mit bestimmen. Ein solches Land komplett isolieren zu wollen, ist eine realitätsferne, beinahe wahnhafte politische Traumtänzeri.

Ebenso wie die Sanktionspolitik ist auch die aktuelle Energiepolitik nicht länger haltbar. Unser Land braucht mehr denn je alle verfügbaren und reaktivierbaren Kohle- und Kernkraftwerke, um die Energieversorgung sicherzustellen und, um das Energieangebot wieder auszuweiten.

Neben diesen Maßnahmen, die besser heute als morgen ergriffen werden sollten, liegt der Preisschock an einem Problem, das die AfD seit ihren Gründungstagen anspricht: Der Euro - war von Anfang an eine Fehlkonstruktion und wird nun zur zweiten Lira. Das es anders geht, zeigt die Schweiz mit ihrem robusten Franken und einer vergleichsweise niedrigen Inflation von 3,5 Prozent.

Machen wir uns jedoch nichts vor. Heute ist es so - Scheitert der Euro, dann scheitert mit ihm auch die Europäische Union. Der Euro hat erst die Staaten des Südens in die Schuldenfalle getrieben, und nun infiziert die EU mit immer größeren sogenannten „Rettungspaketen“ alle Mitgliedsstaaten. Die Schuldenmacherei ist zum Markenzeichen der EU geworden und nimmt alle Länder in Geiselnhaft.

Statt in den nächsten Jahren einen Schrecken ohne Ende zu ertragen, ist es deshalb besser, zügig eine Währungsreform und eine Neuordnung Europas anzustreben. Hören wir endlich auf mit der Flickschusterei und der Vertagung längst überfälliger Entscheidungen. Nur dann haben wir die Chance, das Ruder noch heranzureißen und die selbstzerstörerische Abwärtsspirale zu verlassen.

Der „DEXIT“ ist kein Abschied Deutschlands aus der Europäischen Staatengemeinschaft. Er ist auch kein Abschied aus der europäischen Wirtschafts- und Zollunion. Der „DEXIT“ ist eine legitime Möglichkeit, das gescheiterte Experiment eines reformunfähigen EU-Zentralstaates zu beenden. Erst so wird der Weg frei für eine Gemeinschaft freier, und souveräner Nationalstaaten.

Bis nächsten Sonntag,
Ihr Jörg Urban

<https://www.facebook.com/joerg.urban.mdl/photos/a.1176153292476566/5577312325693952/>

Die Sonntagskolumne im Audio-Format

Nur auf Telegram: <https://t.me/joergurbansachsen>



PRESSEMITTEILUNGEN vom Wochenende 1./2.10.2022

Regierung muss sich dem Protest stellen

Zum Tag der Deutschen Einheit am 3. Oktober erklärt der sächsische AfD-Fraktionsvorsitzende, [Jörg Urban](#):

„Wenn nach über 30 Jahren nur noch knapp 40 Prozent der Ostdeutschen zufrieden mit dem Zustand der Demokratie sind, sollte uns das nachdenklich stimmen. Es handelt sich hier jedoch nicht um Demokratieskepsis, wie häufig unterstellt wird. Vielmehr wünschen sich unsere Bürger mehr Demokratie. Sie wollen mitbestimmen, sehen sich aber verbalen Angriffen ausgesetzt, sobald sie sich kritisch zu Wort melden.“



Der Ruf nach Einigkeit und Recht und Freiheit ist daher aktueller denn je. Die Debatten in unserem Land müssen vielfältiger werden und die subtile Kriminalisierung von Andersdenkenden muss aufhören.

Wie 1989 gehen auch heute tausende unzufriedene Menschen jeden Montag auf die Straße. Statt sich wegzuducken, wäre es die Aufgabe der Regierung, sich diesem Protest zu stellen. Denn die Lehre der friedlichen Revolution von 1989 ist, dass auf Dauer keine Politik gegen die eigenen Bürger gemacht werden kann.“

<https://www.facebook.com/AfD.Fraktion.Sachsen/photos/a.706860669383454/5491471104255696/>

PRESSEMITTEILUNGEN vom 4.10.2022

Wir trauern um alle Opfer islamistischer Gewalt

Am 4. Oktober 2020 griff ein syrischer Islamist mitten in Dresden zwei Männer mit einem Messer an. Einer der Männer starb, der andere wurde schwer verletzt. Der Täter war bereits zuvor als islamistischer Gefährder polizeibekannt. An das schreckliche Attentat wird heute mit einer Gedenkfeier erinnert.



Zwei Jahre nach dem Messermord in Dresden



Dazu erklärt die migrationspolitische Sprecherin der sächsischen AfD-Fraktion, [Martina Jost](#):

„Wir trauern heute um alle Opfer islamistischer Gewalt. Beinahe unbemerkt von der Öffentlichkeit kommt es im Schnitt jeden Monat zu einem Ehrenmord in Deutschland. Darüber hinaus ereignen sich etliche Anschläge mit Todesopfern und Schwerverletzten. Der Fall in Dresden war somit leider nur eine sichtbare Spitze dieses Eisbergs.“



Laut offiziellen Zahlen leben in Deutschland 28.290 Islamisten. Viele von ihnen könnten abgeschoben werden. Das hätte auch mit dem syrischen Messermörder aus Dresden rechtzeitig geschehen müssen. Ich kann jedoch leider nicht erkennen, dass der Freistaat Sachsen Konsequenzen aus seinem eigenen Versagen gezogen hat.

Kein Verständnis habe ich zudem für die Versuche von Politik und Medien, die Tat als ‚homophob und transphob‘ umzudeuten. Das überlebende Opfer wehrt sich gegen dieses Framing. Es ist unanständig, darauf keine Rücksicht zu nehmen.“

<https://afd-fraktion-sachsen.de/wir-trauern-um-alle-opfer-islamistischer-gewalt/>

PRESSEMITTEILUNGEN vom 5.10.2022

Fall Lina E.: Kein Steuergeld für linksextreme Treffpunkte!

Im Prozess gegen die Antifa-Aktivistin Lina E. wurde bekannt, dass Linksextremisten diverse Leipziger Objekte zum Training für ihre Angriffe auf Andersdenkende nutzen. Ein Treffpunkt liegt in der Leipziger Gießereistraße, teilte die Regierung auf eine aktuelle AfD-Anfrage (7/10692) mit.

Insgesamt nutzen linke Extremisten mindestens 13 Immobilien in Sachsen, davon allein zehn in Leipzig (AfD-Anfrage 7/10202). Ein Objekt davon in Chemnitz gehört der öffentlichen Hand und wird mit Steuergeldern gefördert.

Dazu erklärt der sicherheitspolitische Sprecher der AfD-Fraktion, [Carsten Hütter](#):

„Die Unterstützung von gewalttätigen Linksextremisten mit dem Geld der Steuerzahler muss umgehend eingestellt werden. Mit der Förderung von Treffpunkten hat die Regierung die linksextreme Szene in Sachsen regelrecht großgemacht. Diese unverantwortliche Politik zieht Vandalen aus ganz Deutschland an. In Leipzig ist dadurch die zweitgrößte linksextreme Szene nach Berlin entstanden. So erhält z. B. das Leipziger Conne Island, in dem sich Linksextremisten treffen und Nachwuchs rekrutieren, eine Projektförderung. Ähnlich sieht es beim Dresdner alternativem Zentrum Conni aus.

Bemerkenswert ist außerdem, dass es sich bei der von der Staatsregierung benannten Zahl von 13 linksextremistisch genutzten Objekten offensichtlich nur um die Spitze des Eisberges handelt. Schließlich heißt es in der Antwort auf meine Anfrage u.a. wörtlich: ‚Eine zielgerichtete Beobachtung von Sportstätten, Graffitiwänden und Ähnlichem erfolgt durch das LfV Sachsen (daher) nicht.‘ Das hat konkret dazu geführt, dass eine Sporthalle, in der die Gruppe um Lina E. Kampfübungen abhielt, nicht mitgezählt wurde. Wer weiß, wie viele weitere Orte es davon in Leipzig und Sachsen noch gibt.“

Anfrage: https://edas.landtag.sachsen.de/viewer.aspx?dok_nr=10692&dok_art=Drs&leg_per=7&pos_dok=1&dok_id=undefined

<https://afd-fraktion-sachsen.de/fall-lina-e-kein-steuergeld-fuer-linksextreme-treffpunkte/>

Haushaltsgeld für alle Sachsen und Notfallhilfe für energieintensive Unternehmen!

Die sächsische AfD-Fraktion wird in Kürze ein Sonderplenum beantragen. Auf der Sondersitzung des Landtags soll ein sofortiger Zuschuss in Höhe von 1.000 Euro für jeden sächsischen Haushalt zum Ausgleich der Kostenexplosion beschlossen werden. Dieses Haushaltsgeld sollte noch in



diesem Jahr an alle Sachsen fließen. Zudem fordern wir eine Notfallhilfe für Unternehmen, die besonders unter den gestiegenen Energiekosten leiden.



Dazu erklärt der AfD-Fraktionsvorsitzende [Jörg Urban](#):

„Es ist bis dato weitestgehend unklar, in welchem Umfang und wann endlich die Sachsen durch die nebulösen Ankündigungen der Bundesregierung entlastet werden. Grob überschlagen dürfte die Unterstützung aber maximal zehn Milliarden Euro betragen. Das ist auf jeden Fall zu wenig. Hier erwarten wir deutliche Nachbesserungen der Ampel-Koalition.

Zugleich fordern wir ein eigenes sächsisches Haushaltsgeld. Es ist falsch von CDU-Ministerpräsident Michael Kretschmer, auf die schläfrige Bundesregierung zu warten. Andere Bundesländer wie Berlin oder Nordrhein-Westfalen sind in ihren Bemühungen, die Bürger durch eigene Programme zu

entlasten, schon weiter.

Um die dramatische Mehrbelastung bei Strom, Gas, Benzin bzw. Diesel und den Grundnahrungsmitteln abzufedern, muss der Freistaat Sachsen in höchster Eile allen Haushalten unter die Arme greifen. Er hat dazu die Möglichkeit, weil er durch gestiegene Steuereinnahmen bisher der größte Profiteur der Teuerung ist.

Die zweite Säule unseres Antrags wird eine Notfallhilfe für energieintensive Unternehmen sein. Sie wollen wir ebenfalls umfassend mit einem eigenen sächsischen Programm entlasten, um eine Abwanderung und Pleitewelle in der Industrie zu verhindern.“

<https://afd-fraktion-sachsen.de/haushaltsgeld-fuer-alle-sachsen-und-notfallhilfe-fuer-energieintensive-unternehmen/>

PRESSEMITTEILUNGEN vom 6.10.2022

AfD erfolgreich: Landtag beruft Sondersitzung ein!

Es geht voran. Auf Initiative der [#AfD](#) findet am 13. Oktober um 11 Uhr eine Sondersitzung des Sächsischen Landtags statt. Einziger Tagesordnungspunkt ist unser Eilantrag: „Haushaltsgeld für alle Sachsen und Notfallhilfe für Unternehmen“.

Dazu erklärt der finanzpolitische Sprecher der AfD-Fraktion, [André Barth, MdL](#):

„Wir dürfen jetzt keine weitere Zeit verlieren. Der Freistaat Sachsen muss in der nächsten Woche ein Haushaltsgeld in Höhe von 1.000 Euro zur Bewältigung der Preisexplosion sowie eine Notfallhilfe für Unternehmen, die kurz vor der Pleite stehen, auf den Weg bringen.“





Andere Staaten wie [#Ungarn](#) haben bereits vor fast einem Jahr mit einer Deckelung der Energiepreise begonnen. Die Bundesregierung hingegen schien lange im Tiefschlaf zu verharren und hat noch immer keine endgültigen Maßnahmen beschlossen. Die sächsische CDU ist jedoch keinen Deut besser. Mit ihrem zögerlichen Verhalten riskiert sie, dass einkommensschwache, sächsische Bürger in diesem Winter frieren und hungern müssen.

Um das zu verhindern, müssen die üppigen Steuereinnahmen des Freistaates Sachsen aus den letzten Monaten an Bürger und Unternehmen zurückgegeben werden. Darüber hinaus sollte sich CDU-Finanzminister Hartmut Vorjohann in Berlin für eine temporäre Streichung der Umsatzsteuer auf Grundnahrungsmittel einsetzen. Damit würde das Geld direkt im Portemonnaie der Bürger bleiben.

Solange es solche Maßnahmen auf Bundesebene nicht gibt, muss die sächsische Regierung aktiv werden. Statt Schulden ohne Ende anzuhäufen, wie von Linken und [#SPD](#) gefordert, sollte sie zur Finanzierung des Haushaltsgeldes allerdings auch den Rotstift bei ihren aufgeblähten Ministerien und unsinnigen Förderprojekten ansetzen.“

<https://www.facebook.com/AfD.Fraktion.Sachsen/photos/a.706860669383454/5510002215735918/>

Inflation sorgt für Notlage: Landesregierung muss sofort handeln!

Zum AfD-Eilantrag ([Drs. 7/11077](#)) mit dem Titel „Haushaltsgeld für alle Sachsen und Notfallhilfe für Unternehmen“ erklärt der finanzpolitische Sprecher der AfD-Fraktion, [André Barth](#):

„Wir dürfen jetzt keine weitere Zeit verlieren. Der Freistaat Sachsen muss in der nächsten Woche ein Haushaltsgeld in Höhe von 1.000 Euro zur Bewältigung der Preisexplosion sowie eine Notfallhilfe für Unternehmen, die kurz vor der Pleite stehen, auf den Weg bringen.“

Andere Staaten wie Ungarn haben bereits vor fast einem Jahr mit einer Deckelung der Energiepreise begonnen. Die Bundesregierung hingegen schien lange im Tiefschlaf zu verharren und hat noch immer keine endgültigen Maßnahmen beschlossen. Die sächsische CDU ist jedoch keinen Deut besser. Mit ihrem zögerlichen Verhalten riskiert sie, dass einkommensschwache, sächsische Bürger in diesem Winter frieren und hungern müssen.

Um das zu verhindern, müssen die üppigen Steuereinnahmen des Freistaates Sachsen aus den letzten Monaten an Bürger und Unternehmen zurückgegeben werden. Darüber hinaus sollte sich CDU-Finanzminister Hartmut Vorjohann in Berlin für eine temporäre Streichung der Umsatzsteuer auf Grundnahrungsmittel einsetzen. Damit würde das Geld direkt im Portemonnaie der Bürger bleiben.

Solange es solche Maßnahmen auf Bundesebene nicht gibt, muss die sächsische Regierung aktiv werden. Statt Schulden ohne Ende anzuhäufen, wie von Linken und SPD gefordert, sollte sie zur Finanzierung des Haushaltsgeldes allerdings auch den Rotstift bei ihren aufgeblähten Ministerien und unsinnigen Förderprojekten ansetzen.“

Hintergrund: Auf Initiative der AfD dürfte in der nächsten Woche ein Sonderplenum stattfinden.

<https://afd-fraktion-sachsen.de/inflation-sorgt-fuer-notlage-landesregierung-muss-sofort-handeln/>



Grenzkontrollen und „Rückführungsinitiative“: CDU soll in Sachsen anfangen und nicht nach Berlin zeigen

Seit Sommer hat sich die Zahl illegaler Migranten in Sachsen massiv erhöht. Die CDU-Fraktion forderte nun Grenzkontrollen und eine „Rückführungsinitiative“ von der Bundesregierung.



Sebastian Wippel, innenpolitischer Sprecher der AfD-Fraktion, erklärt dazu:

„Es ist peinlich, wie sich die sächsische CDU plötzlich als Sicherheits-Partei aufspielt. Sie stellt in Sachsen neben dem Regierungschef auch den Innenminister und muss daher im eigenen Land anfangen, die illegale Migration zu bekämpfen.

Wir fordern, sofort alle ungebundenen Bereitschaftspolizisten in Grenznähe zu verlegen (Drs. 7/8173). Durch verstärkte Schleierfahndung und Kontrollstellen kann der sächsische Innenminister selbst illegale Einreisen unterbinden. Er muss ein deutlich sichtbares Zeichen der Grenzsicherung setzen.

Zudem leben in Sachsen mittlerweile über 15.000 ausreisepflichtige Migranten. Davon sind allein 1.119 Asyl-Mehrfach-Intensivstraftäter, die sogar zum größten Teil frei herumlaufen (Drs. 7/10292). Das neue Abschiebegefängnis steht dagegen fast leer (7/9184). Dafür ist allein die CDU verantwortlich. Bevor die Union den Schuldigen in Berlin sucht, muss sie erst einmal im Freistaat eine ‚Rückführungsinitiative‘ starten!“

Antrag

(7/8173): https://edas.landtag.sachsen.de/viewer.aspx?dok_nr=8173&dok_art=Drs&leg_per=7&pos_dok=1&dok_id=undefined

Anfrage

(7/10292): https://edas.landtag.sachsen.de/viewer.aspx?dok_nr=10292&dok_art=Drs&leg_per=7&pos_dok=1&dok_id=undefined

Anfrage

(7/9184): https://edas.landtag.sachsen.de/viewer.aspx?dok_nr=9184&dok_art=Drs&leg_per=7&pos_dok=1&dok_id=undefined

<https://afd-fraktion-sachsen.de/grenzkontrollen-und-rueckfuehrungsinitiative-cdu-soll-in-sachsen-anfangen-und-nicht-nach-berlin-zeigen/>



Neues von der Alternative für Deutschland

PRESSEMITTEILUNGEN des Bundesvorstandes der Alternative für Deutschland

Alle Pressemitteilungen finden Sie hier:

<https://www.afd.de/presse/>

Weitere Veröffentlichungen der AfD in den sozialen Medien

„Unser Land zuerst!“ – AfD rechnet mit tausenden Teilnehmern bei Kundgebung am 8. Oktober in Berlin



08.10.22 13:30 Uhr auf dem Platz der Republik!

Die Regierungspolitik sorgt für eine beispiellose Preissteigerung in allen Lebensbereichen: Lebensmittel, Treibstoff, Strom und Gas sind nur die prominentesten Beispiele. Sowohl die bisherige Energiepolitik als auch die gegen Russland verhängten Sanktionen stehen im deutlichen Widerspruch zu den existenziellen Interessen Deutschlands. Diese Regierung raubt uns Bürgern nachts den Schlaf und tagsüber das Geld. Wir als AfD sagen deshalb: „Es reicht!“ – und rufen alle Bürger auf, am Samstag, den 8. Oktober zur zentralen Kundgebung mit Demonstration unter dem Motto „Unser Land zuerst!“ zu kommen.

Wir treffen uns 13:30 Uhr am Platz der Republik vor dem Reichstag und rechnen mit tausenden Teilnehmern aus dem gesamten Bundesgebiet. Folgender Ablauf ist geplant:

13:30 Uhr bis 14:00 Uhr: Vorprogramm

14:00 Uhr bis 14:30 Uhr: Auftaktkundgebung mit Reden der beiden Bundessprecher Alice Weidel und Tino Chrupalla

14:45 Uhr bis 17:00 Uhr: Demonstration durch Berlin-Mitte

17:15 Uhr bis 18:00 Uhr: Abschlusskundgebung mit Reden der zwei stellvertretenden Bundessprecher Stephan Brandner und Peter Boehringer sowie der Mitglieder des Bundesvorstands Dennis Hohloch, Dr. Marc Jongen und Martin Reichardt

Mehr Informationen zur Kampagne gibt es unter <https://www.afd.de/unser-land-zuerst/>.

Große AfD-Kundgebung am 8. Oktober in Berlin! Jetzt schon auf "Teilnehmen"



klicken: <https://www.facebook.com/events/2871217963184642>

Unterstütze jetzt die AfD-Demonstration: Grafikpaket herunterladen und Inhalte verbreiten!
https://www.afd.de/.../09/Grafiken_und_Flyer_AfD_Demo.zip

Unser Land zuerst: Mit Grenzkontrollen ein zweites „2015“ verhindern!

Im Schatten der Energie- und Wirtschaftskrise steuert Deutschland auf eine Wiederholung der dramatischen Migrationskrise des Jahres 2015 zu – nur schlimmer. Neben den rund eine Million Menschen, die in diesem Jahr aus der Ukraine nach Deutschland gekommen sind, wurden bis zum August insgesamt 115.402 Erstaufträge auf Asyl gestellt. Dabei handelt es sich vor allem um Syrer, Afghanen und Iraker. Insgesamt kommt man so auf rund 1,1 Millionen Menschen. „2015“ droht in den Schatten gestellt zu werden.

Nicht ohne Grund fordert die Bundespolizeigewerkschaft Kontrollen an der Grenze zu Tschechien, zumal in diesem Jahr bereits 56.800 illegale Einreisen registriert wurden – ein Anstieg um fast 60 Prozent gegenüber dem Vorjahr. Doch Innenministerin Faeser (SPD), die ihren politischen Standpunkt mit einem Gastbeitrag für ein linksextrêmes Magazin offengelegt hat, wiegelt ab und beschwichtigt. Auch die FDP will nichts von der Notwendigkeit eines konsequenten Grenzschutzes wissen, von den Grünen wollen wir gar nicht erst reden. Dabei brauchen wir unbedingt geschützte Grenzen, um ein neues „2015“ verhindern zu können. Daneben brauchen wir selbstverständlich auch viel mehr Abschiebungen und eine massive Reduzierung der finanziellen Anreize zur Migration!



Die Verweigerungshaltung der Ampel-Parteien ist indes Ausdruck ihrer Haltung gegenüber dem eigenen Land: Die Interessen Deutschlands kommen für diese Parteien an letzter Stelle. Das spiegelt sich nicht nur in der ungebremsten Massenmigration wider. Auch die „auslandsbezogenen Zahlungen“ des Bundes steigen an, wie eine Struktur-Analyse des Instituts für Weltwirtschaft zeigt. Im vergangenen Jahr umfassten diese auslandsbezogenen Zahlungen etwa 64,4 Milliarden Euro; darunter fallen vor allem EU-Beiträge und Entwicklungshilfe. An allen Ecken und Enden sieht man also, wie berechtigt das Motto unserer großen AfD-Demonstration am 8. Oktober in Berlin ist: Unser Land zuerst!

<https://www.facebook.com/alternativefuerde/photos/a.542889462408064/5828703443826613/>



Statt "Mondpreise" aus den USA: Günstiges Gas aus Nord Stream 2!

Sowohl Russland als auch Gazprom haben seit dem Wochenende mehrfach angeboten, Gas über den noch intakten Teil von Nord Stream 2 zu liefern. Doch nicht nur die Medien schweigen zu diesem Thema beharrlich, sondern auch die Bundesregierung. Dabei wäre es die Aufgabe des Wirtschaftsministers Robert Habeck, die Preissteigerungen am Gasmarkt dadurch zu unterbinden, jedes günstige Quäntchen Gas einzukaufen, das er für Deutschland bekommen kann.



Denn Habeck selbst ist es, der sich über die „Mondpreise“ beschwert, die die USA für Gaslieferungen nach Deutschland berechnen. Er war es aber auch, der sich gegenüber Washington noch im Februar äußerst devot präsentiert und verkündete, Deutschland befände sich gegenüber den USA in einer „dienenden“ Rolle. Selbstbewusst für deutsche Interessen einzutreten kam Habeck nicht in den Sinn,

dementsprechend gestalten sich nun die „Preisverhandlungen“.

Von Tag zu Tag wird deutlicher, in welcher aussichtslosen Lage uns die Ampelregierung manövriert, ohne dass irgendeine Einsicht erkennbar wäre. Wenn auch Sie genug von einer Politik haben, die sich ausschließlich gegen die Interessen der eigenen Bevölkerung richtet, dann unterstützen Sie uns: Kommen Sie am kommenden Samstag um 13:30 Uhr auf den Platz der Republik in Berlin, nehmen Sie Teil an unserer großen AfD-Kundgebung. Wir freuen uns auf Sie!

<https://www.facebook.com/aliceweidel/photos/a.1063313067013261/5901206123223907/>



Neues von der AfD-Fraktion im Deutschen Bundestag

PRESSEMITTEILUNGEN der AfD-Fraktion im Deutschen Bundestag

Alle Pressemitteilungen finden Sie hier:

<https://afdbundestag.de/presse/>



Weitere Veröffentlichungen der AfD-Fraktion in den sozialen Medien

Scholz und Ministerpräsidenten verschwenden Zeit, die die Bürger nicht haben!

Die Fraktionsvorsitzenden der AfD im Deutschen Bundestag Alice Weidel und Tino Chrupalla kommentieren den ergebnislosen Ausgang der Ministerpräsidentenkonferenz mit Bundeskanzler Olaf Scholz.



Alice Weidel:

„Eine Insolvenzwellen rollt über das Land, Familien wissen nicht mehr, wie sie ihre Rechnungen bezahlen sollen, doch die Politik nimmt sich alle Zeit der Welt für unverbindliche Plauderrunden. Aus den versprochenen 200 Milliarden sind schon fast 300 Milliarden geworden, aber Olaf Scholz und die Ministerpräsidenten können sich nicht einigen, ob sie dem Steuerzahler in die Bundes- oder in die Ländertasche greifen sollen, um das zu bezahlen. Dabei ist längst klar: Solange nicht das Kernproblem angepackt und das Energieangebot ausgeweitet wird, muss jedes Entlastungspaket wirkungslos verpuffen und die Staatsfinanzen noch weiter zerrütten.“

Tino Chrupalla:

„Die Ampel-Koalition und die Länderregierungen drücken sich um die zentrale Aufgabe, für ausreichend Energie zu sorgen, damit die Preise wieder sinken. Jetzt heißt es, die Laufzeiten der aktiven Kernkraftwerke verlängern, die letztes Jahr abgeschalteten Reaktoren wieder ans Netz nehmen und den Kohleausstieg zurücknehmen. Vor allem muss die Bundesregierung ihren Wirtschaftskrieg gegen Russland beenden und Nord Stream reparieren, damit wir wieder günstiges Gas aus Russland beziehen können. Statt Milliarden zu verschieben, muss der Staat die Bürger entlasten und auf Einnahmen verzichten. Die Mehrwertsteuer auf Grundnahrungsmittel, Energie und Treibstoffe muss ausgesetzt werden.“

<https://www.facebook.com/afdimbundestag/photos/a.159958374587682/1217718555478320/>

Nachrichten aus Deutschland und der Welt

Verfahren verbummelt! Gericht lässt verurteilten Mörder laufen

https://www.focus.de/panorama/welt/vergewaltigte-und-toetete-17-jaehrige-verurteilter-moerder-kommt-frei-weil-verfahren-zu-lange-dauert_id_160797010.html



Video-Empfehlungen

Informationskanäle der AfD

Kanal der AfD-Fraktion im Sächsischen Landtag

<https://www.youtube.com/channel/UCVXqMg5NOK5z8dwtzqRcMNg/videos>

Kanal der AfD-Fraktion im Deutschen Bundestag

https://www.youtube.com/channel/UC_dZp8bZipnjntBGLVHm6rw/videos

Kanal von AfD Kompakt TV

<https://www.youtube.com/c/AfDKanal/videos>

Wochenendpodcast der AfD

<https://afdkompakt.de/podcast/>

AfD im EU-Parlament

<https://www.youtube.com/c/AfDimEUParlament/videos>



Fakten in Bildern





Achtung Satire!

.. ernste Dinge mit einem kleinen Augenzwinkern betrachtet, denn das Lachen lassen wir uns niemals verbieten!



Kommunalmandate im KV Bautzen

Alle gewählten Mandatsträger des Kreisverbandes Bautzen finden Sie unter:

<http://www.afdbautzen.de/kommunalpolitik/>

PRESSE-ARCHIV

<http://www.afdbautzen.de/pressearbeit/blaue-post-bautzen/>

<http://www.afdbautzen.de/pressearbeit/blauer-rundbrief/>

SPENDENKONTO

AfD Kreisverband Bautzen
IBAN: DE 1685 0503 0002 2578 5552
BIC: OSDDDE81XXX
Ostsächsische Sparkasse

Entscheiden Sie selbst, ob ein Teil Ihrer Steuern besser als Spende beim Verein oder der Partei Ihrer Wahl aufgehoben ist oder beim Bundesfinanzminister!

VIEL SPAß BEIM LESEN UND VERBREITEN!

KONTAKT:

Büro Bautzen
Karl-Marx-Str. 15
02625 Bautzen
03591-5328336
Montag – Freitag
10.00-18.00 Uhr

Büro Hoyerswerda
Spremberger Str. 11
02977 Hoyerswerda
03571-2096287
Montag: Geschlossen
Di/Mi: 9.00-16.00 Uhr
Do/Fr: 10.00-18.00 Uhr

Büro Kamenz
Klosterstr. 4
03578-7889108
Montag 12.00-18.00 Uhr
Dienstag 10.00-18.00 Uhr
Mittwoch 12.00-18.00 Uhr
Donnerstag 8.00-18.00 Uhr
Freitag 8.00-13.00 Uhr

www.afdbautzen.de
info@afdbautzen.de



AfD-Kreisverband Bautzen